

Manfred Paul Buddeberg

Wer herrscht in den „nachkapitalistischen“ Gesellschaften und warum?

– Eine Kritik an Renate Damus –

Die in den letzten zwei Jahren veröffentlichten Untersuchungen von Renate Damus über die Wirtschaftsreformen in der DDR können als repräsentativ für den derzeitigen Stand der Diskussion unter den westdeutschen Marxisten über die „sozialistischen“ Länder gelten (1). Insofern richtet sich die hier formulierte Kritik allgemeiner gegen Argumente der nicht nur von R. Damus vertretenen Theorien der „Übergangsgesellschaft“.

Anhand der theoretischen Aussagen von R. Damus will ich folgende Einwände herausarbeiten und näher begründen:

1. Ihrer Theorie der „Übergangsgesellschaft“ liegt – trotz aller Einschränkungen, die sie macht, – eine Gleichsetzung von Sozialismus mit Planwirtschaft zugrunde.
2. Die Theorie der „Übergangsgesellschaft“ bei R. Damus enthält keine überzeugenden Aussagen über die historischen Entstehungsbedingungen und die ökonomischen Bewegungsgesetze der bürokratischen Herrschaft in den „sozialistischen“ Ländern.
3. Es bleibt schließlich offen, ob die als „Übergangsgesellschaften“ analysierten Staaten einen historischen Fortschritt oder einen Rückschritt gegenüber dem Kapitalismus bedeuten oder keines von beiden.

Im Zusammenhang mit diesen Einwänden will ich die These zur Diskussion stellen und am Beispiel der DDR erläutern, daß die Gesellschaft der DDR, wie die der übrigen RgW-Länder, als „staatskapitalistisch“ zu bezeichnen ist. R. Damus lehnt diese Bezeichnung ab (2), geht jedoch auf die theoretischen Begründungen dieses Begriffes, wie sie von Cliff sowie – mit zum Teil anderen Akzentsetzungen – von Kuron/Modzelewski und von Mattick entwickelt worden sind, nicht ein (3).

-
- 1 Ähnliche Ansätze finden sich in den beiden Sammelbänden: Peter Henricke (Hg.) Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften, Frankfurt 1973, und Peter W. Schultze (Hg.) Übergangsgesellschaft: Herrschaftsform und Praxis am Beispiel der Sowjetunion, Frankfurt 1974.
 - 2 Renate Damus, Ist die Arbeit im Sozialismus Lohnarbeit? in: Kursbuch 38, Dezember 1974, S. 92.
 - 3 Tony Cliff, Russia – A Marxist Analysis, London o.J. (1963) – deutsche Ausgabe: Staatskapitalismus in Rußland, herausgegeben von der Sozialistischen Arbeitergruppe (SAG) mit einem Nachwort von Chr. Harman, Frankfurt 1975; J. Kuron, K. Modzelewski, Offener Brief an die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei, o.O. o.J. (1966) – auch unter dem unsinnigen Titel „Monopolsozialismus“ erschienen, Hamburg 1969; vgl. ferner: P. Mattick, Marx und Keynes, Frankfurt 1971, Kap. 20-22. Die Arbeit von Cliff ist bisher nur von E. Mandel in seinem Aufsatz, Die Widersprüchlichkeit der Theorie des

Mit ihren Argumenten für eine „indirekte Zentralisierung“ und gleichzeitige Demokratisierung der sozialistischen Planwirtschaft, die sie am Beispiel der Wirtschaftsformen in der DDR entwickelt, bringt R. Damus – am internationalen Stand der Diskussion gemessen (vgl. etwa die Arbeiten von W. Brus und J. Kosta) – keine grundlegend neuen Gedanken. Für die spezielle Diskussion der westdeutschen Marxisten stellen ihre Arbeiten jedoch einen Fortschritt dar. War die Analyse der „sozialistischen“ Länder ohnehin nur sehr stockend in Gang gekommen, so war sie seit 1968 fast durchweg beherrscht durch die „Polemik über die Generallinie“ der KPCh (4). Deren Argumente wurden blind übernommen, ohne sie an der konkreten Entwicklung, etwa der DDR, kritisch zu überprüfen.

Kritik der maoistischen „Revisionismuskritik“ und der offiziellen DDR-Ideologie

An dieser bis heute nahezu unverändert wiederholten maoistischen These von der „Restauration des Kapitalismus“ (5) kritisiert R. Damus zutreffend die inhaltsleere Gleichsetzung von Sozialismus mit zentraler Planung (6). Denn auf dieser Gleichsetzung beruht letzten Endes bei den Maoisten die völlig entgegengesetzte Wertung des Wirtschaftssystems der DDR vor und nach 1963 (7). Ohne auf das jeweilige Produktionsziel einzugehen, wird allein in der Einführung von Warenkategorien, wie der Kennziffer „Gewinn“, im Rahmen eines „umfassenden Systems ökonomischer Hebel“ zur Förderung der „materiellen Interessiertheit“, ein untrügliches Zeichen für den Übergang des „Revisionismus“ zur „Restauration des Kapitalismus“ gesehen. Demgegenüber betont R. Damus die grundlegende Kontinuität des gesellschaftlichen und ökonomischen Systems der DDR vor und nach 1963 (8).

Staatskapitalismus, in: *Permanente Revolution* Nr. 3, Westberlin 1972, zur Kenntnisgeworden. Dagegen beschränkt sich W. Olle in seinem Aufsatz, *Zur Theorie des Staatskapitalismus*, in: *Prokla* 11/12, 4. Jg. Nr. 1 1974, S. 91-148 auf einen bloßen, kommentarlosen Literaturhinweis.

- 4 Vgl. *Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung*, Peking 1965.
- 5 Vgl. u.a. Walter Lindner, *Klassenkampf in der Übergangsperiode*, in: P. Henricke (Hg.), *Probleme des Sozialismus . . .*, a.a.O., S. 182-214; Ph. Neumann, *Der „Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation“*, in: *Kursbuch* 23, März 1971; ds., *Zurück zum Profit*, Berlin 1974.
- 6 „Zentrale Planung wird in dieser Argumentation von vornherein für sakrosankt erklärt, sie wird mit dem gesamtgesellschaftlichen Interesse identifiziert.“ R. Damus, *Planungssysteme und gesellschaftliche Implikationen – am Beispiel der Planungssysteme in der DDR*, in: P. Henricke (Hg.), *Probleme des Sozialismus . . .*, a.a.O., S. 216.
- 7 Auf das personalistische Geschichtsverständnis, das den Beginn des „Revisionismus“ mit dem Tod Stalins ansetzt, soll hier nicht eingegangen werden; vgl. hierzu: R. Gantzer, *Zur Revisionismuskritik der Gruppen um das NRF*, in: *diskus* Nr. 6, Frankfurt, Dez. 1972.
- 8 „Der Unterschied besteht nicht in der Form der Herrschaftsausübung, sondern darin, daß unmittelbare Herrschaftsausübung entweder direkt (über materielle Kennziffern) mit den tradierten wie perpetuierten Interessen zusammengeschlossen wird oder daß sie par-

Mit den (von Nowoschilow übernommenen) Begriffen „direkte“ und „indirekte Zentralisierung“ erfaßt sie, daß es sich bei den Wirtschaftsreformen von 1963 und von 1970 nicht um eine Änderung des Wirtschaftssystems, eine Aufgabe der Planwirtschaft zugunsten individueller Kapitalverwertung handelt, sondern lediglich um eine Änderung der Planungstechniken.

In diesem Rahmen sind auch die Rezentralisierungsmaßnahmen seit 1970 ohne weiteres zu erklären. Für die maoistischen Theoretiker ergeben sich jedoch hier große Probleme. Ihre These von der kapitalistischen Restauration beruft sich auf die Dezentralisierungsmaßnahmen der Reformen von 1963. Folgt man der Logik dieser Argumentation, dann müßte mit der neuen stärker zentralistischen Tendenz die „sozialistische Linie“ wieder die Oberhand gewonnen haben (9). Da dies das ganze Gebäude der „Revisionismuskritik“ ins Wanken bringen würde, werden die neuen Maßnahmen zu bloßen taktischen Winkelzügen umgedeutet, die an der „Restauration des Kapitalismus“ nichts ändern. So prophezeit Lindner:

„Die partielle Rezentralisierung wird vermutlich nicht von langer Dauer sein.“ (10)

Und für Neumann steht fest:

„Auch nach dem VIII. Parteitag des SED vereinigen sich die unterschiedlichen Schattierungen revisionistischer Theoretiker in dem Ruf: Straße frei für die umfassende Restauration kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsformen.“ (11)

Indem sie die „zentrale Planung“ zum Hauptkriterium für den Sozialismus machen, übernehmen die Maoisten aus der stalinistischen Tradition einen verkürzten und verzerrten Sozialismus-Begriff. In ihrer Reduzierung von Sozialismus auf „Planwirtschaft“ unterscheiden sie sich nicht von der herrschenden Ideologie der „sozialistischen“ Länder. Um sich trotzdem von der „revisionistischen“ Ideologie abzugrenzen, sind die „Revisionismuskritiker“ zu solchen reinen Unterstellungen gezwungen, wie der, daß trotz aller erneuten Zentralisierungsmaßnahmen die kapitalistische Restauration unaufhaltsam sei (12). Derart groben Fehleinschätzungen ent-

tiell vermittelt (über finanzielle, wertmäßige bzw. formale Kennziffern) erscheint. R. Damus, Politik und Ökonomie zu Ende der Sechziger Jahre und zu Anfang der Siebziger Jahre in der DDR, in: die internationale Nr. 5, Okt. 1974, S. 93.

9 So hat W. Lindner 1971 noch zwischen den Wirtschaftsreformen der CSSR und der DDR unterschieden: „Auf der einen Seite wurde offenbar der Markt, auf der anderen der Plan forciert. – Der ganzen Arbeit liegt die These zugrunde, daß die Forcierung des Marktes auf die Restauration des Kapitalismus hinausläuft, während die Forcierung des Planes diese restaurativen Tendenzen zumindest bremst . . .“ W. Lindner, Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration, Erlangen 1971, S. 81.

10 W. Lindner, Klassenkampf in der Übergangsperiode, a.a.O., S. 214.

11 Ph. Neumann, Zurück zum Profit, a.a.O., S. 88.

12 K.H. Götze und I. Harrer haben in ihrer Kritik an Ph. Neumann leichtes Spiel, indem sie ihm die Unterschlagung solcher Ulbricht-Zitate nachweisen können, in denen dieser ausdrücklich die „führende Rolle der Arbeiterklasse“, den „Primat der Politik“ usw. betont. Vgl. K.H. Götze/I. Harrer, Anmerkungen zu einer Kursbuch-Polemik gegen die Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, in: Das Argument, Nr. 68/1971, S. 810-841.

geht R. Damus, indem sie detaillierter die ökonomischen Ursachen und die politischen Folgen der veränderten Planungstechniken zu analysieren versucht.

Sie grenzt sich damit auch gegen die bedingungslosen Verteidiger der „sozialistischen“ Staaten ab (13). Denn diese versuchen – wie R. Damus herausarbeitet (14) – alle Kritik an den „sozialistischen“ Ländern mit zwei Immunisierungs-Argumenten abzufertigen: zum einen mit dem Hinweis auf den wesensmäßigen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus, weshalb die gleiche Erscheinung (z.B. Stücklohn) in der DDR etwas anderes bedeute als etwa in der BRD; zum anderen durch den Verweis auf den angeblich unzureichenden Stand der Produktivkräfte, die zur Behebung bestimmter Mißstände noch nicht reif seien.

Sozialismus als bewußte Form „gesellschaftlicher Synthesis“

Aber die in der Kritik an den Maoisten und den SED/DKP-nahen Theoretikern richtig herausgearbeitete Frage nach dem gesellschaftlichen *Inhalt* der Wirtschaftsplanung wird von R. Damus nicht weiter verfolgt, sondern zugunsten einer Analyse der *Form* wieder fallen gelassen. Ihre zentrale Frage ist: Wie vollzieht sich in „nachkapitalistischen“ Gesellschaften „Synthesis“ (15).

Exkurs über Form und Ziel sozialistischer Planung

Damit wird jedoch – mit anderen Formulierungen – die Diskussion wieder auf die Ebene „Plan oder Markt“ reduziert. Natürlich ist die bewußte Planung *ein* Unterscheidungsmerkmal der sozialistischen gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft. Aber ohne Beziehung darauf, was denn bewußt geplant wird, bleibt dieses Merkmal eigentlich belanglos. Nur dann ist bewußte Planung wirklich ein Fortschritt, wenn damit an die Stelle der Befriedigung von Verwertungsbedürfnissen des Kapitals die Befriedigung der Konsumbedürfnisse der Arbeiterklasse tritt, an die Stelle der Produktion von Kapital die Produktion von frei verfügbarer Zeit (16).

-
- 13 Das gilt nicht für ihren 1971 veröffentlichten Aufsatz, Demokratischer Zentralismus im ökonomischen System der DDR, Stadtbauwelt 30, 1971, S. 115-120. Damals war es für R. Damus „vielleicht doch nicht so von der Hand zu weisen, wenn in der DDR von sozialistischer Warenproduktion . . . gesprochen wird . . . , womit allerdings auch der Begriff ‚Übergangsgesellschaft‘ der Einsicht in ein Verständnis vom Sozialismus als relativ selbständiger Gesellschaftsformation weichen müßte.“ (S. 120).
 - 14 R. Damus, Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft, Frankfurt 1973, S. 16-28.
 - 15 „Womit wird die Einheit im Mannigfaltigen der gesellschaftlichen Prozesse hergestellt und welche Vergesellschaftungs- und Bürokratisierungstendenzen verbinden sich damit?“ R. Damus, Vergesellschaftung oder Bürokratisierung durch Planung in nachkapitalistischen Gesellschaften, in: Leviathan 2/1974, S. 180, vgl. auch ds., Ist die Arbeit . . . a.a.O. S. 92-102 und ds., Entscheidungsstrukturen . . . , a.a.O., S. 232 Fn).

Es ist nicht zu bestreiten, daß solche Versuche einer inhaltlichen Bestimmung dessen, was Sozialismus bedeutet, mehr Probleme als Lösungen enthalten. Das wird dadurch unterstrichen, daß die Klassiker des Marxismus in diesem Zusammenhang stets zu sehr bildhaften Formulierungen gegriffen haben. Aber solche halbutopischen Bilder – etwa das vom Menschen, der im Kommunismus morgens fischt, nachmittags jagt und abends Kritiker ist – sind trotz ihrer mangelnden wissenschaftlichen Exaktheit nicht einfach aus der Diskussion zu streichen. Denn das würde bedeuten, all die Ziele auszuklammern, um deren willen rationale Planung auf der Grundlage demokratischer Entscheidungsprozesse überhaupt notwendig und erstrebenswert ist; würde bedeuten, im Kapitalismus nur das organisatorische Problem der anarchischen Warenproduktion zu sehen und nicht die Unterwerfung des Produktionsprozesses, letztlich damit des gesamten Lebens, unter die Verwertungsbedürfnisse des Kapitals; würde letzten Endes bedeuten, Sozialismus als Beginn eines besseren Lebens herunterzubringen auf die Einsicht in die Notwendigkeit, mit knappen Mitteln rationell zu wirtschaften.

Eine besondere Form dieser Verkürzung des Sozialismus-Begriffes ist die strikte Trennung zwischen „niederer und höherer Phase“ des Kommunismus bzw. zwischen „Sozialismus“ und Kommunismus (17). Das von Marx in der Kritik des Gothaer Programms vorgebrachte Argument von den „Muttermalen der alten Gesellschaft“, mit denen die neue in ihren Anfängen noch behaftet sei, wird so umgedeutet, als sei das Wesentliche am Beginn der neuen Gesellschaft die Beschränkung durch diese Muttermale und nicht das Absterben des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Verteilungsverhältnisse (18).

Die verschiedenen Theorien der „Übergangsgesellschaft“ kleiden die schematische Phaseneinteilung nur in ein neues begriffliches Gewand. Sie erfüllen politisch die gleiche Funktion wie die Theorie des Sozialismus als besonderer Gesellschafts-

16 Vgl. K. Marx, Grundrisse, S. 596: „Je mehr dieser Widerspruch sich entwickelt, umso mehr stellt sich heraus, daß das Wachstum der Produktivkräfte nicht mehr gebannt sein kann an die Aneignung fremder surplus-labour, sondern die Arbeitermasse selbst ihre Surplusarbeit sich aneignen muß. Hat sie das getan – . . . – so wird einerseits die notwendige Arbeitszeit ihr Maß an den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Individuen haben, andererseits die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft so rasch wachsen, daß . . . die disposable time aller wächst.“

17 Vgl. hierzu E. Jahn, Kommunismus – und was dann? Reinbek 1974, S. 63-81.

18 In diesem Sinne polemisiert das derzeitige offizielle DDR-Lehrbuch, Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus, Berlin 1974, gegen „jene revisionistischen und maoistischen Auffassungen, wonach die Verteilung nach der Leistung im Sozialismus ein Überrest kapitalistischer Formen der Verteilung und daher dem Sozialismus wesensfremd sei“, im Namen der Abgrenzung gegen „kleinbürgerliche Gleichmacherei“ (S. 594). Auch J. Kosta hält „Entlohnung nach Leistung“ für ein Wesensmerkmal des Sozialismus, betont jedoch: „Dieses sogenannte sozialistische Verteilungsprinzip hat jedoch keine absolute Gleichgültigkeit. Es widerspräche auch dem Übergangskarakter dieser Transformationsperiode zum Kommunismus, wenn nicht im Verlauf der sozialistischen Umwandlungen das Prinzip der Entlohnung nach Arbeitsleistung zunehmend durch eine bedürfnisgerechte Verteilung ergänzt und schließlich zum alleinigen Verteilungsmodus werden sollte.“ J. Kosta, Sozialistische Planwirtschaft, Opladen 1974, S. 21.

formation: es wird die Eigengesetzlichkeit der Übergangsperiode betont (19), um damit all diejenigen zu vertrösten, die auf einem unverzüglichen Absterben der ungleichen Verteilungsverhältnisse und des Staates bestehen. Daran ändern auch die üblichen Hinweise auf die spezifische Widersprüchlichkeit der Übergangsphase nichts. Diese würden nur dann etwas besagen, wenn konkret bestimmt würde in welche Richtung und mit welcher zeitlichen Perspektive sich diese Widersprüche lösen. Eine Übergangsperiode, die zeitlich unbegrenzt dieselben Widersprüche in sich trägt, ist entweder ein Widerspruch in sich oder läuft auf die Plattitüde hinaus, daß letzten Endes jede Gesellschaftsformation von historisch begrenzter Dauer ist, damit also „Übergangscharakter“ hat (20).

Die Trennung des Sozialismus bzw. der „Übergangsperiode“ vom Endziel läuft also – ähnlich wie die Bernsteinsche Trennung von „Bewegung“ und „Endziel“ – auf einen anderen, einen verkürzten Sozialismus-Begriff, hier auf die Gleichsetzung von Sozialismus mit Verstaatlichung und Planwirtschaft, hinaus.

Ein solcher aus der stalinistischen Tradition übernommener verkürzter Sozialismus-Begriff – dort ideologischer Ausdruck einer nicht mehr sozialistischen, sondern staatskapitalistischen (s.u.) Gesellschaft – wird nur dann überwunden, wenn die Formen der Wirtschaftsplanung in ihrem Zusammenhang zum Produktionsziel, zur Befriedigung von Konsumbedürfnissen, zur Reduktion von Arbeitszeit und Arbeitsbelastung, zur Aufhebung von Arbeitsteilung, zum Absterben des Staates usw. diskutiert werden.

Diese Fragen nach Inhalt und Ziel der Planung kommen jedoch bei R. Damus nur ganz am Rande vor. Damit bleibt aber die politisch entscheidende Frage, wer denn in der DDR das Produktionsziel bestimmt, das heißt die Frage nach dem Klassencharakter der DDR-Gesellschaft, unbeantwortet. Auch die damit zusammenhängende, von R. Damus aufgeworfene Frage,

„was denn der Vorteil geplanter gesamtwirtschaftlich-gesamtgesellschaftlicher Prozesse (nach dem Modell der DDR – MPB) ist“,

-
- 19 So hält es P. Henicke für „das Kennzeichen jeder (?) Übergangsperiode, daß Elemente von Produktionsweisen koexistieren und sich noch keine kohärente Struktur einer spezifischen dominanten Produktionsweise konstituiert hat.“ P. Henicke, Probleme einer kategorialen Bestimmung der Übergangsgesellschaften, in: ds. (Hg.) Probleme des Sozialismus . . . , a.a.O., S. 111.
- 20 Das läßt sich am Unterschied zwischen den Theorien Preobrazenskis, Trotzki und Mandels verdeutlichen: Alle drei gehen – in jeweils anderen historischen Situationen – bei ihrer Analyse der UdSSR von dem Widerspruch zwischen Planung und Wertgesetz aus. Bei P. ist jedoch diese Analyse mit einer konkreten wirtschaftspolitischen Strategie verbunden: der Zurückdrängung des Wertgesetzes durch Stärkung der verstaatlichten Industrie auf Kosten der privatwirtschaftlich betriebenen Landwirtschaft. Hier drängte der Widerspruch zwischen Plan und Markt auf eine rasche Entscheidung. Das gleiche gilt für Trotzki Analyse des bürokratisch degenierten Arbeiterstaates als eines „Krisenregimes“, dessen Untergang er in „ein paar Jahren oder sogar ein paar Monaten“ erwartete. (Trotzki, Verteidigung des Marxismus, Berlin 1973, S. 20.) Daß der „degenierte Arbeiterstaat“ bei Mandel als „Übergangsperiode“ auf unabsehbare Zeit weiter degenieren und trotzdem „Arbeiterstaat“ bleiben könnte, war für Trotzki nicht vorstellbar.

findet nur die unbefriedigende, weil inhaltsleere Antwort:

„Dieser Vorteil besteht, gesamtgesellschaftlich formuliert – . . . – in der Möglichkeit der planmäßigen (und d.h. gesamtgesellschaftlich bewußten) Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Arbeitsvermögens.“ (21)

Was für eine „Gesamtgesellschaft“ hier nun bewußt plant und wie sie das „gesamtgesellschaftliche“ Arbeitsvermögen verteilt, wird damit nicht gesagt. Ähnlich wie in der frühbürgerlichen Staatstheorie wird so getan, als sei gesellschaftlich bewußte Planung – wie der Wille der Allgemeinheit (*volonte generale*) – nichts weiter als die Widerspiegelung und Vollstreckung eines naturgegebenen Vernunftsprinzips der ökonomischen Rationalität (22). Dagegen müßte gesellschaftlich bewußte Planung im Sozialismus als *klassenspezifisches Prinzip* die „Akkumulation“ von frei verfügbarer Zeit (*disposable time*) anstelle der Akkumulation von Kapital enthalten. Die jeweilige *Form*, in der dieses Prinzip verwirklicht wird (ob als Arbeitszeitverkürzung, geringere Arbeitsintensität, Steigerung der Konsumgüterproduktion, Aufhebung starrer Arbeitsteilung usw.) müßte ebenso Gegenstand demokratischer Entscheidungsprozesse sein wie die Rangfolge, nach der die verschiedenen Bedürfnisse der verschiedenen Untergliederungen der Arbeiterklasse befriedigt werden sollen (23).

Indirekte Zentralisierung, Demokratisierung und Effektivität

Doch untersuchen wir zunächst die Ergebnisse aus R. Damus' Analyse der Formen gesellschaftlicher Synthesis.

Im Gegensatz zu den maoistischen Kritikern, für die die Frage nach der Effektivität der verschiedenen Planungsformen allenfalls eine untergeordnete Rolle spielt, stellt R. Damus fest, daß ein System indirekt zentralisierter Wirtschaftsplanung effektiver sei:

-
- 21 R. Damus, *Vergesellschaftung . . .*, a.a.O., S. 179. Ähnlich heißt es bei E. Altwater, *Plan und Markt*, *Stadtbauwelt* 30, 1971, S. 111: „ . . . herrscht in der Übergangsperiode der ‚Primat der Politik‘, d.h. die Möglichkeit der politischen Bestimmung von Struktur und Richtung der Produktion und Konsumtion von vornherein.“ Auch hier wäre die Frage: Was für eine Politik hat den Primat?
 - 22 Der gleichen Fetischisierung von Planung sitzt E. Mandel auf, wenn er von der „Logik des Plans“ als einer der beiden Gesetzmäßigkeiten der „Übergangsgesellschaften“ spricht. (Vgl. etwa den in Anm. 61 angeführten Text.) Ein Plan kann so wenig wie sonst ein Ding eine „Logik“ haben, sondern nur diejenigen, die planen. Diese „Logik“ kann sehr verschieden sein, je nachdem, ob z.B. für eine Kriegswirtschaft oder für eine sozialistische Gesellschaft geplant wird.
 - 23 Vgl. J. Kuron, K. Modzelewski, *Offener Brief . . .* a.a.O., S. 64 ff. K. und M. betonen die Notwendigkeit alternativer Pläne für die Aufteilung der gesellschaftlichen Arbeit, die innerhalb einer Rätedemokratie durch verschiedene sozialistische Parteien vertreten werden müßten, da die Arbeiterklasse hinsichtlich ihrer Interessen keineswegs homogen ist. Der Schutz von Minderheitsgruppierungen müßte durch das Recht der Arbeiter, sich mit politischen und ökonomischen Streiks gegen staatliche Maßnahmen zu wehren, gewährleistet sein.

„Für denjenigen, dem es um den Nachweis der Planungsverhältnisse als den gesamtwirtschaftlich-gesamtgesellschaftlich rationaleren Produktionsverhältnissen geht, ist es unzweifelhaft, daß auf den bewußten Gebrauch der Wertkategorien nicht verzichtet werden kann, und zwar a) weil es nicht möglich ist, von vornherein . . . Effektivitätskriterien für die gesamten ökonomischen Prozesse in ihrem Wandel und in ihrer Verflochtenheit festzusetzen, b) weil die optimale Allokation der Mittel im Rahmen der Investitionstätigkeit nicht vorweg aufs genaueste bestimmt werden kann, c) weil der technische Fortschritt nicht über eine zentrale Administration erzwungen werden kann, d) weil die Fülle der Information keine detaillistischere Zentralisierung zuläßt, somit zentral kaum qualitative Kennziffern bis in die feinsten Verästelungen hinein beschlossen werden können.“ (24)

Darüber hinaus wendet sie sich gegen die Ansicht,

„das die Verwendung von Wertkategorien als Mittel indirekter Zentralisierung zur Schaffung nicht-kapitalistischer Verhältnisse von vornherein die sozialistischen Ziele beeinträchtigen muß.“ (25)

Aber, wie die negative Formulierung im vorangegangenen Zitat schon andeutet, befürwortet R. Damus ein System indirekter Zentralisierung keineswegs uneingeschränkt. Denn

„andererseits garantiert die weitgehende ‚Dezentralisierung‘, d.h. ein verstärktes Aufgreifen der Wertkategorien als Mittel indirekter Zentralisierung, nicht automatisch die Lösung der Funktionsprobleme, jedenfalls so lange nicht, solange ihrem unzulänglichen Gebrauch lediglich administrative Kontrollen korrespondieren.“ (26)

Prinzipiell ist also ein System indirekter Zentralisierung besser geeignet, betriebliche und gesamtwirtschaftliche Entscheidungen zu integrieren, also gesellschaftliche Synthesen herzustellen und damit zugleich die Effektivität der Wirtschaft zu gewährleisten. Allerdings so, wie es in der DDR praktiziert wird, ohne daß ihm

„andere Koordinationsformen, die nicht nur als Kontrolle ‚von oben‘ gedacht sind, beigegeben werden“, (27)

ist das neue Wirtschaftssystem kaum besser als das alte in der Lage, die Verselbständigung betrieblicher Einzelinteressen zu verhindern.

„Vielmehr haben das alte wie das neue Wirtschaftssystem überkommenes – ehemals ungebrochen gesellschaftlich vermitteltes – Privatinteresse verlängert, somit die reale Vergesellschaftung unzulänglich vorangetrieben; das eine, indem es dieses Privatinteresse in detaillistischer Planung negierte, ohne es aufzubrechen, das andere, indem es mit den Mitteln indirekter Zentralisierung an dieses Privatinteresse anknüpft und es in Verfolg seiner eigenen Interessen durch die Bedingungen, innerhalb derer die Einzelinteressen verfolgt werden können, auf die gesamtgesellschaftlichen Präferenzen hinzulenken sucht.“ (28)

24 R. Damus, Entscheidungsstrukturen . . . , a.a.O., S. 226.

25 ebd. S. 223.

26 ebd. S. 230; vgl. dagegen die Argumentation in: Demokratischer Zentralismus . . . , a.a.O., S. 118. Damals war für R. Damus Planung und Leitung nur im „positiven, hierarchisch aufgebauten Sinn“ möglich.

27 R. Damus, Entscheidungsstrukturen, a.a.O., S. 230.

28 R. Damus, Die ‚Anwendung der Arbeitswerttheorie‘ und die Planung der Preise in der DDR, in: *Prokla*, Sonderheft 5, S. 93; vgl. auch ds., Planungssysteme . . . , S. 239.

Solange also die „reale Vergesellschaftung“ unzulänglich bleibt und das „überkommene Privatinteresse“ der Unternehmensleitungen wie der einzelnen Arbeiter nicht angetastet wird, geraten die Maßnahmen indirekter Zentralisierung mit der direkten Herrschaftsausübung in Konflikt und müssen daher – wie seit 1970 geschehen – wieder zurückgenommen werden (29).

Mit dieser hier skizzierten Argumentation geht R. Damus im Grunde über die alte Fragestellung nicht hinaus, ob eine Dezentralisierung der Planung mit sozialistischen Prinzipien vereinbar sei. Nur lautet ihre Antwort anders als bei den Maoisten: Von der Grundkonzeption her befürwortet sie ein System indirekter Zentralisierung. Jedoch müsse es, um effektiv und im Sinne „gesamtgesellschaftlicher Präferenzen“ wirksam zu sein, durch eine Demokratisierung der Planung und Leitung, eine „bewußte Vergesellschaftung“ ergänzt werden (30).

Wirtschaftliche Effektivität erfordert also, wie R. Damus darlegt, indirekte Zentralisierung der Planung im Rahmen zentral festgelegter gesellschaftlicher Präferenzen *plus* Demokratisierung. Bei dieser Formel drängt sich die Frage auf, was die Planungszentralen in der DDR daran gehindert hat, selbst auf diesen – recht einleuchtenden – Gedanken zu kommen.

Auf diese Frage findet sich bei R. Damus keine Antwort, weil sie nicht diskutiert, wie sich eine Demokratisierung der Planung auswirken würde. Planung bedeutet bei ihr an sich schon ein höheres Maß an „gesamtgesellschaftlicher“ Rationalität (31). Daher kann Demokratisierung nur dazu beitragen, die Arbeiter wie die Leiter der Betriebe und Kombinate vorweg durch Beteiligung am Prozeß der Planerstellung sowie durch engagierte Mitarbeit an der Erfüllung der Planziele zu interessieren und nicht erst nachträglich über materielle Anreize. Daß eine Demokratisierung der Planung nur dann wirklich etwas ändert, wenn alternative Pläne mit alternativen Prioritäten zur Entscheidung stehen, wenn also nicht nur der Prozeß der Planung, sondern auch sein Ergebnis sich ändert, sieht R. Damus nicht (oder sie sagt es zumindest nicht).

Die herrschende Bürokratie jedoch widersetzt sich eben deshalb allen Demokratisierungsversuchen. Denn damit würde das Produktionsziel sich ändern und die Grundlage der bürokratischen Herrschaft angetastet. Diese beruht darauf, daß die gesellschaftliche Arbeit vorrangig nicht zur Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiterklasse verwendet wird, sondern zur Akkumulation von Produktionsmitteln und zur Stärkung des staatlichen Unterdrückungsapparates. Die ausschließliche Verfügungsgewalt der Bürokratie über den Staatsapparat und über das industrielle Poten-

29 Vgl. Planungssysteme . . . , S. 234.

30 Ähnlich argumentiert auch W. Brus. Vgl. etwa: Die Wirtschaftsreformen und ihr gesellschaftspolitischer Aspekt, in: ds., Wirtschaftsplanung, Frankfurt 1972, S. 63: „ . . . die Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung ist ein unerläßliches Element des Systems, in dem die zentrale Planung mit einem bestimmten Maß an Betriebsautonomie verbunden ist.“

31 „Eine erste Negation der Herrschaft formaler Rationalität ist bereits die Tatsache, daß es einen Plan überhaupt gibt.“ R. Damus, *Ist die Arbeit . . .*, a.a.O., S. 95.

tial und der Ausbau dieser beiden Bereiche unabhängig bzw. auf Kosten von Konsumbedürfnissen der Arbeiterklasse bedingen sich gegenseitig (32).

Die Ursachen der Bürokratisierung

R. Damus sieht dagegen im Ausbleiben der Demokratisierung – ähnlich wie W. Brus – ein grundsätzliches Problem jeder (sozialistischen) Planwirtschaft: den Widerspruch zwischen Zentralisierung und Demokratisierung (33). Dieser Widerspruch mag tatsächlich in dieser allgemeinen Form bestehen und nicht ohne Schwierigkeiten zu lösen sein. Doch bestreite ich, daß es bei der Diskussion der Wirtschaftsreformen um diesen Widerspruch geht. Denn das würde voraussetzen, daß die Führung der DDR tatsächlich auf die Lösung dieses Widerspruches im Sinne einer Demokratisierung der Planung hinarbeitet. Daran mag auch R. Damus nicht glauben. Vielmehr stellt sie fest:

„Die Entscheidung für verstärkte direkte Zentralisierung, stärkere Befugnisse der zentralen Entscheidungsebene kann allerdings nicht verwundern. Die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR zeigt an, daß Veränderungen eigentlich nur in der gewählten Richtung erfolgen konnten. Zum ändern läßt sich eine Veränderung von oben, die zum Abbau des Einflusses derjenigen beiträgt, die verändern, schwerlich (!) denken.“ (34)

Dieses mangelnde Interesse der politischen Führung an einer Demokratisierung wird nicht aus geschichtlichen Entwicklungen abgeleitet, sondern erscheint als allgemeines Problem sozialistischer Gesellschaften, als Folge „verselbständigter Interessen der oberen Entscheidungsebene“ (35) einerseits und „überkommener privater Interessen“ (36) andererseits. Daß beide Faktoren spezifische historische Ursachen haben könnten, wird von R. Damus nicht in Erwägung gezogen (37).

32 Vgl. J. Kuron, K. Modzelewski, a.a.O., S. 18-26: „Die materielle Macht der Bürokratie, ihre Vorherrschaft über die Produktion, ihre internationale Position . . . hängt von der Bedeutung des nationalen Kapitals ab. Die Bürokratie neigt dazu, den Produktionsapparat und die Akkumulation auszudehnen. Sie ist der Ausdruck des nationalen Kapitals und seiner Tendenz zur Expansion, wie der Kapitalist Ausdruck seines individuellen Kapitals ist.“ (S. 19)

33 „Zwar ist dieser Widerspruch nicht behebbar, es sei denn aus Zentralisierung wird Bürokratisierung oder aus Demokratisierung die Herrschaft naturwüchsiger Prozesse, doch sollte er im Sinne der Realisierung von Planungsverhältnissen sowohl fruchtbar gemacht als auch eingedämmt werden.“ R. Damus, Entscheidungsstrukturen . . . , S. 202.

34 Politik und Ökonomie . . . , S. 101.

35 Entscheidungsstrukturen . . . , S. 231.

36 Vgl. u.a.: Planungssysteme . . . , S. 234 f.

37 Eine Ausnahme bildet: „Vergesellschaftung . . . , S. 179: Dort skizziert R. Damus eine historische Erklärung der Bürokratie mit dem Hinweis auf die „partiell falsche Analyse der Entwicklung in Rußland“ durch Lenin. Wie immer es damit bestellt sein mag, so liegen doch zwischen den damit angesprochenen theoretischen Grundlagen des Bolschewismus und der Praxis der herrschenden Parteibürokratien in den RgW-Ländern so viele historische Zwischenstufen, daß Fehler in der leninistischen Theorie wohl kaum zur Erklärung etwa der Politik der SED herhalten können. – R. Damus führt diese historische Argumentation auch nicht weiter aus.

Sozialismus ohne Arbeiterklasse

Nur nebenbei bemerkt R. Damus:

„Die proletarische Revolution hat in der DDR nicht stattgefunden.“ (38)

Gerade an dieser Tatsache müßte die historisch materialistische, auf die tatsächliche Entwicklung der Klassenkämpfe begründete Kritik der DDR-Gesellschaft ansetzen. Bei R. Damus dient jedoch der Hinweis auf die besonderen Entstehungsbedingungen der DDR nur dem Argument, man könne zur Kritik der DDR nicht einfach auf Marx zurückgreifen.

Freilich kann es nicht darum gehen, auf Marx- und Engels-Zitaten herumzureiten. Aber die Frage, ob ein Land, in dem keine proletarische Revolution stattgefunden hat, überhaupt zu Recht „sozialistisch“ heißt, hat nichts mit marxistischem Schriftgelehrtentum zu tun. Denn damit steht zur Debatte, ob die Befreiung der Arbeiterklasse auch anders als durch die Arbeiterklasse selber möglich ist. Vielleicht liegt hier der Grund, warum R. Damus in ihren neueren Arbeiten die DDR nicht ausdrücklich mehr als „sozialistisch“, sondern unbestimmter als „nachkapitalistisch“ oder „nichtkapitalistisch“ bezeichnet.

Die Bezeichnung „nichtkapitalistisch“ beinhaltet aber als Antwort auf die von R. Damus selbst aufgeworfene Frage,

„welche Formen der Vergesellschaftung, welche gesellschaftliche Synthesis – und damit welche Herrschaftsstrukturen – in den osteuropäischen nachkapitalistischen Gesellschaften sich durchgesetzt haben bzw. durchgesetzt wurden“ (39).

nur die negative Feststellung:

„Eine nichtkapitalistische Gesellschaft zeichnet sich daher rein logisch (wie real) durch die Negation der Synthesis über den Tausch aus.“ (40)

Welche Folgen sich aus der Negation des Tausches für die Herrschaftsstrukturen ergeben, bleibt unentschieden:

„Diese Negation kann zum Abbau von Herrschaft und damit zu konkreten Vergesellschaftungsformen führen. Sie kann aber auch zu neuer Herrschaft führen, zu einer Herrschaft, die dann durch Direktheit gekennzeichnet ist.“ (41)

Zwar stellt R. Damus fest, in den osteuropäischen Staaten habe sich unbestreitbar jene neue, durch Direktheit gekennzeichnete Herrschaft durchgesetzt (42). Aber aus dem zuvor Gesagten ergibt sich kein Anhaltspunkt dafür, daß es nicht genau so gut auch anders hätte sein können.

38 Entscheidungsstrukturen . . . , S. 32; vgl. auch: Demokratischer Zentralismus . . . , S. 115, wo – ohne Kommentar – die „Revolution von oben“ als Ausgangsbedingung des ‚sozialistischen‘ Systems der DDR angeführt wird.

39 R. Damus, Vergesellschaftung . . . , S. 182.

40 Ist die Arbeit . . . , S. 94.

41 ebd.

42 ebd. S. 94f.

Offenbar unterliegt für R. Damus eine geplante Wirtschaft von vornherein keinen Zwängen außer den allgemeingültigen Gesetzen der Zeitökonomie einerseits und den Wertvorstellungen der Planer andererseits. So mündet ihre Kritik an den auf Planung beruhenden Herrschaftsverhältnissen immer wieder in eine Kritik an den zugrundeliegenden „gesamtgesellschaftlichen Normen“, denen kein „alternatives Zivilisationsmodell“ zugrunde liegt (43).

Mit dieser Erklärung neuer Herrschaftsstrukturen aus falschen Wertvorstellungen geräte R. Damus in die Nähe der von ihr kritisierten maoistischen Theoretiker, die ebenfalls die ‚Restauration des Kapitalismus‘ aus der ‚revisionistischen Ideologie‘, aus dem Überleben ‚kapitalistischer Ideen‘ erklären (44).

Eine historisch-materialistische Erklärung der Bürokratie

Es soll nicht die Bedeutung von ‚Ideen‘ – im Bewußtsein der Führung wie im Bewußtsein der Massen (sofern hier ein Unterschied besteht) – für das Schicksal einer proletarischen Revolution bestritten werden. Doch wirken die „Ideen“ nicht losgelöst von den objektiven Bedingungen. Diese haben gerade in einem wenig entwickelten Land wie Rußland um 1917 ein großes Gewicht. Sie wirken prägend oder verzerrend auf die ‚Ideen‘ der Revolution und auf die Umsetzung der Ideen in die Praxis, schließlich auf die theoretische Rechtfertigung dieser Praxis (45). Subjektive und objektive Faktoren wirken also auch nach der pro-

43 Vgl. u.a.: Entscheidungsstrukturen . . . , S. 216, S. 229; Ist die Arbeit . . . , S. 97; Vergesellschaftung . . . , S. 189: „Gesellschaftlich bewußte Beziehungen . . . lassen sich nicht erzielen, wenn tradierte Denk- und Verhaltensweisen, gesellschaftliche Normen und Wertvorstellungen den Plan bestimmen.“

44 Vgl. u.a. Ph. Neumann, Der ‚Sozialismus . . .‘, a.a.O., (s. Fn. 5), S. 136. Dort werden „die Kultur und die Ideen der alten Klassengesellschaft“ zu „materialistischen“ (??) Ursachen für die Restauration neuer Klassenverhältnisse in der UdSSR erklärt.

45 Dieser Prozeß von Wechselwirkungen ist in den verschiedenen neueren Versuchen einer materialistischen Leninismus-Kritik diskutiert worden. (Vgl. B. Rabehl, Marx und Lenin, Berlin 1973; R. Dutschke, Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen, Berlin 1974; U. Wolter, Grundlagen des Stalinismus, Berlin 1975; Rabehl/Spohn/Wolter, Halbheiten in der Überwindung des Marxismus-Leninismus, *Prokla* 11/12.) Ich würde allerdings in der Beurteilung der subjektiven und objektiven Momente, die zum Scheitern der russischen Revolution und damit vom Leninismus zum Stalinismus geführt haben, andere Gewichtungen vornehmen: Die Schwächen z.B. in Lenins Staatstheorie einerseits, und das Fortbestehen vorkapitalistischer Elemente in der russischen Gesellschaft andererseits wurden erst dadurch zum entscheidenden Hemmnis für die proletarische Revolution in Rußland daß die internationale Revolution ausblieb bzw. scheiterte. So wie der revolutionäre Aufschwung in Rußland 1917 Lenin zur Revision seiner ursprünglich kautskianischen Staatstheorie führte, so hätte wohl eine starke revolutionäre Welle in den entwickelten kapitalistischen Ländern den Marxismus der III. Internationalen vom Erbe der II. Internationale befreit. Hier hätten die Möglichkeiten zur Überwindung des Leninismus gelegen und nicht in einer richtigeren Marx-Rezeption, auch nicht – wie Dutschke zu meinen scheint – in einem (halb)asiatischen Weg zum Kommunismus. – Diese wenigen Bemerkungen können natürlich nicht den – für mich sehr lehrreichen – neueren Beiträgen zur Lenin-Diskussion gerecht werden.

letarischen Revolution zusammen. Für den konkreten Fall der Entwicklung der SU gilt das beispielhaft für das Konzept vom „Sozialismus in einem Land“. Dies war einerseits bestimmt durch die Überlebensinteressen der objektiv auf Rußland beschränkt gebliebenen proletarischen Revolution. Indem jedoch andererseits die Führung der KPdSU aus dieser Situation eine spezifische politische Strategie entwickelte, wirkte diese als zusätzliches Hindernis für eine revolutionäre Zuspitzung der Klassenkämpfe in anderen Ländern (vor allem Westeuropa und China) (46). Je länger aber eine revolutionäre Entwicklung außerhalb Rußlands auf sich warten ließ, desto stärker verfestigte sich die bürokratisierte Parteiführung und ihr Interesse, auch weiterhin ohne „äußere Störungen“ daran zu arbeiten, den Kapitalismus „einzuholen und zu überholen“.

Die hier angesprochene Entwicklung des nachrevolutionären Rußlands von der Diktatur des Proletariats zur staatskapitalistischen Diktatur der Parteibürokratie über das Proletariat ist also Ergebnis eines komplexen historischen Prozesses. Weder ist es möglich, diesen allein auf die falschen Ideen der russischen Kommunisten zurückzuführen. Das würde bedeuten, die objektiven Schwierigkeiten des wirtschaftlich rückständigen, durch Krieg und Bürgerkrieg geschwächten, international isolierten Rußlands zu unterschätzen. Noch ist es möglich, allein diese genannten objektiven Faktoren für das letztliche Scheitern der russischen Revolution verantwortlich zu machen. Das würde heißen, die, im internationalen Maßstab betrachtet, aktuell revolutionäre Situation Endes des Ersten Weltkriegs zu leugnen (47). Aus diesem Verständnis der Entwicklung der UdSSR ergeben sich Ansätze für eine historisch-materialistische Erklärung der Entstehung neuer Herrschaftsverhältnisse in der UdSSR und den Ländern ihres Einflußbereichs. Eine solche historische Erklärung taucht bei R. Damus nicht auf. Und gerade dieser Mangel führt zu einer m.E. falschen Einschätzung der Herrschaftsverhältnisse in der DDR.

Als deren Ursachen erscheint bei R. Damus der Plan und das ihm zugrunde liegende „Zivilisationsmodell“. Aber es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, warum die Planungsorgane nicht ein anderes, demokratisch bestimmtes Zivilisationsmodell ihrer Planung zugrundelegen. Das heißt auch, es gibt keinen Grund, warum eigentlich die neue Form unmittelbarer Herrschaft nicht auf dem Wege von Reformen zu verändern sein sollte. Das Scheitern einer Selbstreform der Bürokratie in der CSSR 1968 muß nach dieser Theorie als Unglücksfall erscheinen.

Das Gesellschaftssystem der DDR als Staatskapitalismus

Es gibt jedoch vor allem zwei Ursachen dafür, daß in der DDR

46 Vgl. Peter W. Schultze, Weltmarkt und Weltrevolution, in: ds (Hg), Übergangsgesellschaft . . . , a.a.O. (s. Fn. 1), S. 201-292.

47 Vgl. hierzu u.a. das Nachwort von Chr. Harman in: T. Cliff, Staatskapitalismus in Rußland, Frankfurt 1975.

„dem Plan . . . nichts anderes zugrunde (liegt), als was sich im Kapitalismus über das Wertgesetz durchsetzt“ (48).

die im Vorangegangenen bereits angedeutet worden sind. Sie schließen – nach aller historischen Erfahrung – die Möglichkeit einer allmählichen Vergesellschaftung oder Demokratisierung der Planung auf dem Wege der Reform aus:

Der eine Grund: eine proletarische Revolution hat in der DDR nicht stattgefunden; der andere: was im Zuge der Gründung der DDR an gesellschaftlichen Veränderungen tatsächlich stattgefunden hat, geschah im Namen und im Interesse einer Besatzungsmacht und einer von ihr abhängigen Partei (KPD, später SED), die längst andere Ziele verfolgte als die Befreiung der Arbeiterklasse.

Die Armee der UdSSR, die im östlichen Teil Deutschlands den Faschismus besiegte, war ebensowenig gekommen, die deutsche Arbeiterklasse zu befreien (falls das von außen überhaupt möglich ist) wie die westlichen Alliierten. Sie vertrat die Interessen eines Staates, dessen Politik nicht mehr durch den proletarischen Internationalismus, sondern durch den ökonomischen und militärischen Wettlauf mit dem Kapitalismus bestimmt war; dessen herrschende Klasse nicht mehr das Proletariat, sondern die staatskapitalistische Bürokratie war.

Ein Beispiel für diese Interessenlage war die rein auf die nationalen Belange der UdSSR gerichtete Verhandlungstaktik Stalins (bzw. Molotows) bei den Konferenzen von Jalta und Potsdam (49); ferner die Wirtschaftsdemontagen in den sowjetisch besetzten Gebieten, die sich keineswegs allein gegen die ehemaligen Kriegs- und Naziverbrecher richteten, sondern ebenso gegen die Arbeiterklasse (50). Soweit sich, als Betriebsräte und Antifaschistische Komitees, spontan eigene räteartige Organisationen gebildet hatten, wurden diese von der Besatzungsmacht bzw. den von ihr eingesetzten Verwaltungsorganen aufgelöst (51) – ein weiteres Beispiel dafür, wie bei der Gründung der DDR mit den Interessen und der Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse umgesprungen worden ist.

48 R. Damus, *Ist die Arbeit . . .*, S. 97.

49 Vgl. u.a.: I. Deutscher, *Die Mythen des Kalten Krieges*, in: D. Horowitz (Hg.), *Strategien der Konterrevolution*, Darmstadt 1969, S. 21ff; K. Eckhoff, *Die Nationale Frage und die Politik der Stalinisten*, in: *die internationale*, Nr. 5, Okt. 1974, S. 11-57. „Um die Erfüllung der (Reparations-)Forderungen zu gewährleisten, forderte Molotow . . . im Juni 1946 eine 40jährige Besetzung und Kontrolle Deutschlands und das Recht auf Entnahme von Reparationen bis zu dem Wert von 10 Mrd. Dollar – die Hälfte der Summe von 20 Mrd. Dollar, die in einem erst 1947 veröffentlichten Geheimabkommen zwischen Roosevelt und Stalin als Diskussionsbasis für die alliierte Reparationskommission festgesetzt worden war.“ (S. 18) – Das Recht der UdSSR auf Entschädigung für ihre Verluste soll damit nicht grundsätzlich bestritten werden. Aber ein siegreicher *Arbeiterstaat* hätte seine Ansprüche nicht durch Geheimabkommen mit den Imperialisten geltend gemacht, sondern die Bevölkerung des besiegten Landes von der Notwendigkeit und Angemessenheit seiner Forderungen zu überzeugen gesucht.

50 Vgl. H. Weber, *Von der SBZ zur DDR*, Hannover 1966, S. 25; A. Nove, *An Economic History of the USSR*, London 1969, S. 289 u. 314; W. Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Berlin 1970, S. 386ff.

51 H. Weber, a.a.O., S. 46; W. Leonhard, a.a.O., S. 313-320; B. Sarel, *Arbeiter gegen den Kommunismus*, München 1975.

War in der UdSSR die Arbeiterklasse im Laufe der Zwanziger Jahre schrittweise enteignet worden, so wurde nun auch mit der Umgestaltung der DDR nach dem Modell der UdSSR nicht nur die alte Bourgeoisie, sondern auch die Arbeiterklasse von allen Eigentumsrechten, von den „Kommandohöhen der Wirtschaft“, ausgeschlossen. Daß sie bis heute nicht über den Inhalt der staatlichen Planung, sondern allenfalls über deren Ausführungen mitbestimmen darf, darüber läßt auch R. Damus keinen Zweifel (52). Aber diese Feststellung hat keine entscheidende Konsequenz für ihre Einschätzung der Herrschaftsverhältnisse in der DDR.

Dagegen folgt m.E. aus der Tatsache, daß die Arbeiterklasse der RgW-Länder von der Verfügung über die Produktionsmittel ausgeschlossen ist, daß das Gesellschaftssystem dieser Länder prinzipiell keine Alternative zum Kapitalismus darstellt. Aus der weiteren Tatsache, daß – wie ja auch R. Damus feststellt – „dem Plan . . . nichts anderes zugrunde (liegt), als was sich im Kapitalismus über das Wertgesetz durchsetzt“, (53)

muß man schließen, daß auch vom Produktionsziel her das Wirtschaftssystem der DDR (und vergleichbarer Länder) sich nicht von dem der wesentlichen kapitalistischen Länder unterscheidet. Will man daher die Herrschaftsstrukturen der angeblich sozialistischen Länder begrifflich fassen, so scheint mir die Bezeichnung „Staatskapitalismus“ am angemessensten (54).

Bewegungsgesetze des Staatskapitalismus

Es ist offensichtlich, daß es in den staatskapitalistischen Ländern keinen oder keinen ökonomisch bedeutsamen individuellen Besitz an Produktionsmitteln gibt (das gilt zumindest für die hochindustrialisierten Länder DDR, CSSR und UdSSR). Jedoch ist das Kapitalverhältnis grundsätzlich nicht an individuelles Eigentum im juristischen Sinn gebunden; verstaatlichte Unternehmen in kapitalistischen Ländern sind ebenso kapitalistisch wie Aktiengesellschaften, für die der individuelle Besitz eine völlig untergeordnete Rolle spielt (55). In den staatskapitalistischen Ländern besitzt die in der Spitze des Partei- und des Staatsapparates organisierte „zentrale

52 R. Damus, Entscheidungsstrukturen . . . , S. 174-182.

53 s. Anm. 48.

54 vgl. Anm. 3.

55 Schon Engels bemerkt in seiner „Kritik des Sozialdemokratischen Programmentwurfs von 1871, (MEW, Bd. 22, S. 231): „Was heißt denn kapitalistische Privatproduktion? Produktion durch den *einzelnen* Unternehmer, und die wird ja mehr und mehr Ausnahme. Kapitalistische Produktion durch *Aktiengesellschaften* ist schon keine *Privatproduktion* mehr, sondern Produktion für assoziierte Rechnung von vielen. Und wenn wir von den Aktiengesellschaften übergehen zu den Trusts . . . so hört da nicht nur die *Privatproduktion* auf, sondern auch die Planlosigkeit.“; vgl. auch die Äußerungen von Marx zur Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, Kapital III, 27. Kapitel.

politische Bürokratie" (56), die Produktionsmittel kollektiv. Mit der ausschließlichen Verfügungsgewalt über den Staatsapparat, der der Kontrolle durch das Proletariat entzogen wurde, besitzt die Bürokratie auch die verstaatlichten Produktionsmittel und verfügt über das gesellschaftliche Mehrprodukt (57).

Ein zweiter Unterschied zum westlichen Kapitalismus besteht darin, daß es einen Markt im eigentlichen Sinn nicht gibt (58). Solche Unterschiede in der Form (59) ändern nichts daran, daß die geplante staatskapitalistische Wirtschaft nichts anderes zum Ziel hat als der weitgehend ungeplante private Kapitalismus: eine maximale Steigerung der Ausbeutungsrate zum Zwecke der Akkumulation unabhängig und auf Kosten von den Bedürfnissen der Arbeiterklasse (60).

Die Übereinstimmung im Produktionsziel ist kein Zufall, kein ideologischer Mißgriff oder bloßer Willkürakt der Bürokratie. Deshalb hat es bisher auch noch keine langfristig erfolgreichen Versuche gegeben, die Produktion an den Bedürf-

-
- 56 Der Begriff stammt von Kuron/Modzelewski (s. Anm. 3). – Er unterscheidet sich wesentlich vom Begriff „Staatsbourgeoisie“, wie er von Bettelheim mit einem sehr verschwommenen „Staatskapitalismus“-Begriff eingeführt worden ist. (Vgl. Ch. Bettelheim, *Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen*, Berlin 1970, S. 81ff und 89ff). B. führt die Entstehung der „Staatsbourgeoisie“ auf das Fortbestehen kapitalistischer Elemente, insbesondere der Unternehmensform, während der Übergangsperiode zurück. Weil sie aufgrund politischer Schwächen der Parteiführung nicht zurückgedrängt wurden, bemächtigten sich die kapitalistischen Elemente – letzten Endes die Unternehmensleiter – mehr und mehr auch des Staatsapparats und ordnen ihn den Profitinteressen der einzelnen Unternehmen unter. „Staatskapitalismus“ bedeutet bei B. also Durchsetzung der Profitinteressen einzelner Unternehmen mittels staatlicher Planung. – Demgegenüber besteht nach T. Cliff die staatskapitalistische Konterrevolution darin, daß sich die bürokratisierte Parteiführung über die „politische Expropriation des Proletariats“ (Trotzki) die Produktionsmittel angeeignet und sie – durchaus gegen die Interessen einzelner Unternehmer – seit dem ersten Fünfjahresplan 1928 dem Produktionsziel, *staatliches Kapital* zu akkumulieren, unterworfen hat.
- 57 Vgl. die Äußerung von Chr. Rakowski, einem der führenden Mitglieder der trotzkistischen Opposition: „Unmittelbar vor unseren Augen hat sich eine umfangreiche Klasse von Herrschern gebildet und bildet sich weiterhin . . . Die grundlegende Stütze dieser neuartigen Klasse ist eine Form, eine neuartige Form von Privateigentum, nämlich der Besitz der Staatsmacht.“ (Chr. Rakowski [1930] zit. in: M. Shachtman, *The Bureaucratic Revolution*, New York 1962, S. 79.)
- 58 Mattick spricht von einem „Quasi-Markt“, da entweder im voraus durch die Planung oder nachträglich durch staatliche Umverteilungsmaßnahmen auch andere Proportionen hergestellt werden können, als dies unter reinen Marktverhältnissen der Fall wäre. (Vgl. P. Mattick, *Marx and Keynes*, Boston Mass., 1969, S. 289ff.) In der „bewußten Anwendung des Wertgesetzes“ seit den Wirtschaftsreformen sieht M. vor allem ein ideologisches Manöver. Die Maßnahmen der Bürokratie sollen damit den Anschein von unabänderlich wirksamen objektiven Gesetzen bekommen (ebd. S. 317f).
- 59 Darauf beziehen sich die Einwände der orthodox trotzkistischen Kritiker. Vgl. E. Mandel, *Die Widersprüche der Theorie des Staatskapitalismus*; W. Olle, *Zur Theorie des Staatskapitalismus*; (s. Anm. 3). Vgl. als Entgegnung auf Mandel: Chr. Harman, *The Inconsistencies of Ernest Mandel*, in: *International Socialism*, No. 41, Dec/Jan. 1969/70; ‚Oeconomicus‘, *Zur Analyse der Ökonomie der UdSSR*, in: *Pro und Contra*, 2. Jg. Nr. 9, Sept. 1951, S. 129-31.
- 60 Siehe nebenstehende Tabelle

nissen der Arbeiterklasse zu orientieren. Denn das Produktionsziel einer maximalen Akkumulationsrate wird den staatskapitalistischen Ländern durch den Zwang, ökonomisch wie militärisch mit dem westlichen Kapitalismus zu konkurrieren, aufgenötigt.

Der Begriff der Konkurrenz wird hier in einem sehr umfassenden Sinn gebraucht und meint nicht nur das Bestreben der Warenproduzenten, ihre Produkte auf dem Markt mit möglichst hohem Gewinn und auf Kosten der anderen Produzenten loszuschlagen. Doch ist diese „friedliche“ Form der Konkurrenz in der Geschichte des Kapitalismus ohnehin keineswegs die Regel gewesen. Sowohl in seiner Entstehungszeit als erst recht in seiner imperialistischen Phase schloß die Konkurrenz nationaler Kapitale verschiedene Formen des staatlichen Protektionismus sowie andere außerökonomische Maßnahmen bis hin zum Krieg, zur Kriegsdrohung und -vorbereitung mit ein (61).

60 Akkumulationsrate und Konsumtionsrate der DDR (Anteil am im Inland verwendeten Nationaleinkommen) in vH:

	1950	1955	1960	1965	1970	1971	1972
Akkumulationsrate	8.5	9.8	18.1	19.9	24.0	22.8	21.9
Konsumtionsrate	91.5	90.2	81.9	80.1	76.0	77.2	78.1
% Ausgaben für den Staatsapparat*	6.1	6.0	5.4	5.7	6.4	7.0	7.2
Rate der individuellen u. lebensstandardwirk- samen gesellschaftlichen Konsumtion	85.4	84.2	76.5	74.4	69.6	70.2	70.9

*berechnet als „gesellschaftliche Konsumtion“ minus „lebensstandardwirksame gesellschaftliche Konsumtion“

(Quelle: Politische Ökonomie des Kapitalismus und Sozialismus, Berlin (DDR) 1974, S. 634)

Zum Vergleich: Akkumulationsrate in der BRD:

1960-1964	1965-1968	1969-1972	höchste / niedrigste jährliche Quote		Quelle: DIW (Hg.), DDR- Wirtschaft, Frankfurt 1974, S. 123
24.2	21.8	22.3	25.8 (1960)	20.0 (1967)	

Die Vergleichbarkeit der Daten ist aufgrund der unterschiedlichen Preisstrukturen begrenzt. Vermutlich sind auch nach der Industriepreisreform der 60er Jahre in der DDR die Produktionsmittel unterbewertet, so daß die Akkumulationsrate im Vergleich zur BRD noch höher liegen dürfte.

61 Selbst wenn man von einem engeren Konkurrenzbegriff ausgeht, ist Mandels Kritik, der Außenhandel der UdSSR mit den entwickelten kapitalistischen Ländern betrage nicht einmal 1%, nicht stichhaltig. (Vgl. E. Mandel, Zur Theorie der Übergangsgesellschaft, in: permanente revolution – materialien nr. 1, Berlin 1972, S. 102.) Mandel berücksichtigt nicht die strukturelle Bedeutung dieses Außenhandels, wie sie sich etwa aus den Analysen von A.C. Sutton ergibt. (Vgl. den Bericht über diese Studien von W. Spohn in: *Prokla* 19/20/21, Okt. 1975, S. 225-259.) Ebensovienig geht er darauf ein, inwiefern

Die Bedeutung, die Planung in den staatskapitalistischen Ländern hat, läßt sich anhand eines Vergleichs mit der internen Organisation großer Konzerne oder Trusts erläutern. In jener reproduziert sich bereits der von Marx konstatierte Widerspruch zwischen der „Anarchie der gesellschaftlichen und (der) Despotie der manufakturmäßigen Arbeitsteilung“ auf erweiterter Stufenleiter (62).

Innerhalb der staatskapitalistischen Länder bestimmt der Plan darüber, mit welchen Proportionen das Produktionsziel, die Akkumulation um der Akkumulation willen, am besten erreicht werden kann (63); ebenso wird auch in einem großen Konzern bestimmt, welche Betriebe oder Bereiche expandieren und welche schrumpfen sollen. Innerhalb eines Konzerns kann es auch durchaus vorkommen, daß einzelne Bereiche zeitweilig mit Verlust arbeiten, ohne daß diese Abteilungen gleich zum Zwecke der Ausgleichung der Profitraten schrumpfen müssen. Insofern ist also innerhalb eines Konzerns das Wertgesetz außer Kraft gesetzt. Es gilt aber nach wie vor für die Beziehungen des Konzerns insgesamt zu seinen Konkurrenten und zwingt ihn, die Gesamtheit der Arbeiter, die in ihm beschäftigt sind, maximal auszubeuten, auch wenn er vielleicht in Einzelbereichen mit Rücksicht auf die Lage am Arbeitsmarkt oder die besondere Kampfbereitschaft einzelner Belegschaften Zugeständnisse in Form von Lohn und Sozialleistungen macht. Entsprechend können die staatskapitalistischen Staaten sowohl in einzelnen Wirtschaftszweigen Verluste hinnehmen als auch auf politischen Druck hin gegenüber Forderungen ihrer Arbeiterklasse Zugeständnisse machen. Entsprechend ihren insgesamt größeren verfügbaren ökonomischen Mitteln haben sie hier auch einen größeren Spielraum als kapitalistische Konzerne — das beweist die zeitweilige Aufwertung des Konsumgütersektors nach den politischen Krisen 1953 (DDR) und 1970 (Polen). Insgesamt müssen sie aber an ihrem Ziel festhalten, den westlichen Kapitalismus „einzuholen und zu überholen“ (64).

die Arbeitsteilung innerhalb des RgW durch das Bedürfnis der UdSSR diktiert ist, sich zeitweilig vom direkten Einfluß des Weltmarktes unabhängig zu machen. In anderem Zusammenhang stellt übrigens Mandel selber fest: „Der internationale Wettbewerb mit der kapitalistischen Wirtschaft (!) legt den Akzent mehr und mehr auf die Qualität der Produkte, die Produktivität der Arbeit und die Rationalisierung der Investitionen.“ (E. Mandel, Marxistische Wirtschaftstheorie, Fm 1968, S. 608.) Es ist außerdem bemerkenswert mit welcher Unbekümmertheit Mandel einerseits die Bedeutung der Konkurrenz mit dem westlichen Kapitalismus bestreitet, andererseits (neben der „Logik des Plans“) die quantitativ wie qualitativ fast bedeutungslosen Konsuminteressen der Bürokratie zum Motor der Wirtschaft in den Übergangsgesellschaften erklärt. (Vgl. Zur Theorie der Übergangsgesellschaft, a.a.O., S. 96f und 104.)

- 62 Dieser Vergleich geht auf Bucharins Analyse der „staatskapitalistischen Trust“ unter Bedingungen der kapitalistischen Kriegswirtschaft während des 1. Weltkrieges zurück. Vgl. u.a. N. Bucharin, Imperialismus und Weltwirtschaft, Berlin 1929, S. 133.
- 63 All die Theorien, die ihre These von der „Restauration des Kapitalismus“ aus der Vervollständigung des Managements der Betriebe und Kombinate begründen, gehen an der Sache vorbei. Zwischen der Planungszentrale und dem betrieblichen Management gibt es zwar immer wieder Konflikte, aber Ziel der Wirtschaftsreformen war es gerade, die Konflikte gemäß den Entscheidungen der Zentrale einzudämmen.

Die Bedeutung der Konkurrenz mit dem westlichen Kapitalismus wird von der herrschenden Bürokratie der staatskapitalistischen Staaten immer wieder hervorgehoben. Dem entsprechenden theoretischen Formulierungen, nach denen „Klassenkampf“ in erster Linie „Systemkonkurrenz“ bedeutet. So heißt es im offiziellen DDR-Lehrbuch zur „Politischen Ökonomie des Sozialismus von 1969:

„Qualität, Tempo und Effektivität der Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Revolution spielen im Klassenkampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus eine entscheidende Rolle.“ (65).

Auch wenn die staatskapitalistischen Wirtschaften einstweilen noch aufgrund der eigenen Entwicklungsrückstände ihre Produkte nicht völlig ungeschützt der Konkurrenz auf dem Weltmarkt aussetzen wollen, spielt doch die Orientierung auf die „Weltmarktfähigkeit“ bei allen Appellen zur Verbesserung der Qualität und zur Senkung der Kosten eine große Rolle:

„Die Weltmarktfähigkeit der Erzeugnisse ist eine Grundfrage der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR und entscheidet mit über die Erfolge bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. Zur Erhöhung der Weltmarktfähigkeit der Erzeugnisse ist es notwendig, durch den Plan und die Anwendung ökonomischer Hebel die Betriebe, Kombinate und VVB zu zwingen, die Kosten zu senken und Preise ihrer Erzeugnisse mit den Weltmarktpreisen zu konfrontieren.“ (66)

Das hat nach offizieller DDR-Theorie seine Auswirkung auf die „Anwendung des Wertgesetzes“ *innerhalb* der nationalen Wirtschaften. Es ergibt sich nämlich

„eine Tendenz . . . zum *internationalen Wert*. Diese Tendenz verstärkt sich unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, weil die Dimensionen einer hocheffektiven

-
- 64 Ein jüngstes Beispiel für die Wirksamkeit des Weltmarktes ist die Erhöhung der Rohstoffpreise im internen Handel des RgW. In der DDR versucht die Bürokratie die Auswirkungen dieser Preissteigerungen auf die Einzelhandelspreise durch höhere staatliche Subventionen abzufangen. Um gleichwohl die Akkumulationsrate nicht zu schmälern, greift sie z.T. zu indirekten Preiserhöhungen (z.B. durch Sortimentsveränderungen) und versucht die Ausbeutungsrate durch verstärkte Arbeitsintensivierung zu steigern. Vgl. Der Spiegel Nr. 10, 1975, 3.3.75, S. 44ff; zur politischen Vermittlung des Krisenzusammenhangs vgl. H.H. Ticktin, *The Capitalist Crisis and Current Trends in the USSR*, Critique, No. 4, Spring 1975, S. 101-109.
- 65 Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin (DDR) 1969, S. 292.
- 66 Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus, Berlin (DDR) 1969, S. 888; vgl. auch E. Jahn, a.a.O., (s. Anm. 17), S. 95: „Die Sowjetunion entsteht durch das ‚Ausscheren‘ einer Nation aus dem kapitalistischen Weltmarkt, die auf bürokratischer Grundlage – da ihr das Bürgertum fehlt – die frühkapitalistische ursprüngliche Akkumulation durch rücksichtsloses Auspressen des Mehrprodukts aus dem Bauern und aus dem Arbeiter nachholt und danach . . . wieder, nun konkurrenzfähig, nun fähig zu Wirtschaftsbeziehungen ‚zum gegenseitigen Vorteil‘, d.h. zu gegenseitiger Ausbeutung der Arbeitskraft, auf dem Weltmarkt erscheint. Hier fordert sie nun freien Handel und Meistbegünstigungsklauseln ohne politische Diskriminierung.“ (E. Jahn bezeichnet das System der UdSSR nicht als Staatskapitalismus, sondern als „bürokratischen Etatismus“, da die Bürokratie nur eine „Quasi-Klasse“ sei. (Ebd. S. 98.) – Zum Ausmaß und zur Struktur des Außenhandels der DDR vgl.: DIW, DDR-Wirtschaft – eine Bestandsaufnahme, Frankfurt 1974, S. 270-298.

ven, auf dem wissenschaftlich-technischen Höchststand durchgeführten Massen- und Spezialproduktion über die Grenzen einer nationalen Volkswirtschaft hinauswachsen. Demgegenüber gewinnt die Beachtung der Weltmarktpreise . . . größere Bedeutung für den internationalen Warenaustausch vom Standpunkt der Orientierung auf eine hohe Arbeitsproduktivität." (67)

Die internationale Konkurrenz ist auch der entscheidende Grund dafür, warum alle Tendenzen einer Rückkehr zum Privateigentum in den RgW-Ländern bisher nicht zum Zuge kommen konnten. Der Grund liegt darin, „daß Staat ‚und‘ Bürokratie, d.h. der bürokratische Staat, d.h. der Staat der Bürokratie, als *Ganzes* ein Interesse daran hat, das ‚Kollektiveigentum‘ zu schützen . . . Denn das Tempo der forcierten Akkumulation in der SU schließt einerseits die private Disposition der Kapitalien, andererseits die persönliche Konsumtion eines Teils des Mehrwerts durch Privatkapitalisten völlig aus." (68)

Nicht aufgrund eines falschen „Zivilisationsmodells“, sondern aufgrund des Zwangs, mit dem westlichen Kapitalismus zu konkurrieren und sich gleichzeitig auch gegenüber den anderen nationalen Staatsbürokratien zu behaupten, herrscht in den staatskapitalistischen Ländern das gleiche Produktionsziel und damit letzten Endes das gleiche Bewegungsgesetz wie in der Wirtschaft der westlichen kapitalistischen Länder.

„Übergangsgesellschaften“ keine Alternative zum Kapitalismus

Bei der Diskussion um den Charakter der Herrschaftsverhältnisse in der DDR und den übrigen „sozialistischen“ Ländern handelt es sich nicht um einen bloßen Etikettenstreit. Sondern es geht zugleich um die Frage, ob diese Staaten einen historischen Fortschritt gegenüber dem traditionellen Kapitalismus darstellen. Die trotzkistischen Theoretiker der Übergangsgesellschaft bejahen diese Frage. Ihr Hauptargument ist die Planung an sich, unabhängig von deren Inhalt (69). Bei R. Damus kommt noch ein zweites Argument hinzu: die „Sozialstaatlichkeit“ (70).

Nun ist – wie die Sozialgesetzgebung im Kapitalismus zeigt – „Sozialstaatlichkeit“ durchaus vereinbar mit fortbestehender Ausbeutung. Diese wird nur in

67 Politische Ökonomie des Sozialismus . . . , a.a.O., S. 277.

68 ‚Oeconomicus‘, a.a.O., S. 131.

69 Vgl. E. Mandel, Zehn Thesen zur sozialökonomischen Gesetzmäßigkeit der Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus, in: P. Henricke (Hg.), Probleme des Sozialismus . . . , a.a.O., S. 20: „Bewußte Verteilung der Wirtschaftsressourcen ist nun das für die Produktionsverhältnisse (der Übergangsgesellschaft – MPB) entscheidende Kennzeichen.“ – Zu welchen Widersprüchen diese Theorie führt, wird an einer Stelle in dem zitierten Artikel von K. Eckhoff besonders deutlich (vgl. Anm. 49): E. wertet es als ein „Paradox“ des 17. Juni, daß die Aufständischen durch das Scheitern ihrer antistalinistischen Revolte „die fortschrittlichen gesellschaftlichen Grundlagen der DDR – das Staatseigentum . . .“ bewahrten. (S. 50.) – Das Paradox liegt hier wohl bei der trotzkistischen Orthodoxie.

70 R. Damus, Vergesellschaftung . . . , S. 189; vgl. auch E. Altvater, Plan und Markt, a.a.O., S. 112.

ihren Auswirkungen abgemildert. Von einer anderen Qualität der Sozialpolitik in den staatskapitalistischen Ländern könnte man nur dann sprechen, wenn die sozialstaatlichen Maßnahmen entweder wesentlich umfassender wären als in einem kapitalistischen Land oder einem anderen Prinzip folgen würden.

Beides scheint mir nicht der Fall zu sein. Ein quantitativer Vergleich ist zwar wegen der unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen (u.a. den unterschiedlichen Preisen) ausgesprochen schwierig. Insgesamt scheinen mir jedoch die sozialstaatlichen Maßnahmen nicht umfangreicher als in einem kapitalistischen Land zu sein (71). Auch ist der Anteil der „lebensstandardwirksamen gesellschaftlichen Konsumtion“ – in der alle sozialstaatlichen Maßnahmen zusammengefaßt sind – am Nationaleinkommen seit 1955 mit knapp 3 vH bis heute so gut wie unverändert geblieben. Das legt den Schluß nahe, daß es keine Tendenz gibt, von einer Güter-Verteilung nach Leistung zu einer Verteilung nach Bedürfnissen überzugehen.

Dementsprechend heißt es im neuesten DDR-Lehrbuch zur politischen Ökonomie des Sozialismus nach einer Aufzählung der verschiedensten „sozialpolitischen“ Maßnahmen (einschließlich Gesundheits- und Bildungswesen):

„Die aufgeführten Maßnahmen sind auf die wirkungsvollere Durchsetzung des Gesetzes der Verteilung nach der Leistung gerichtet. Sie wirken sich positiv auf den Leistungswillen und die Aktivität der Werktätigen aus.“ (72)

Mit den gleichen Argumenten würde auch die Leitung eines westlichen kapitalistischen Konzerns ihre Sozialleistungen begründen. (Sie würde auch darauf bestehen, daß diese Sozialleistungen ein Beweis dafür sind, daß der von Marx kritisierte Kapitalismus als Ausbeutungssystem längst überwunden ist.)

Bezeichnenderweise werden von der Sozialpolitik der DDR gerade jene Bereiche vernachlässigt, die für die Reproduktion der Arbeitskraft von untergeordneter Bedeutung sind. So liegen die Renten wesentlich unter dem ohnehin schon kümmerlichen Niveau der BRD (73). Damit soll offensichtlich erreicht werden, daß Rentner in größerem Umfang noch dem angespannten Arbeitsmarkt der DDR zur Verfügung stehen. Ähnlich ist die Tatsache zu werten, daß bei Krankheit der Lohn nicht fortgezahlt wird, sondern nur das Krankengeld gewährt wird, wodurch eine 10-prozentige Einkommenseinbuße entsteht (74).

71 Ein sehr grober Vergleich ergibt sich aus: Deutschland 1971, Bericht und Materialien zur Lage der Nation, Köln und Opladen o.J. (1971), S. 398: 1969 lag der Anteil der öffentlichen Mittel an der „sozialen Sicherung“ (einschl. öffentliches Gesundheitswesen) am BSP – d.h. der nicht durch die Beiträge der Versicherten finanzierte Anteil – in der BRD mit 7,1% geringfügig höher als in der DDR mit 6,2%.

72 Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus, a.a.O., s. 594.

73 Die durchschnittlichen Altersrenten betragen 1972 in der DDR 242 Mark, in der BRD 499 DM. Der durchschnittliche Rentnerhaushalt bezog in der DDR 1972 343 Mark, in der BRD 1120 DM. Dieser Unterschied wird nicht wesentlich dadurch verringert, daß die Höhe der Renten in der DDR weniger breit gestreut ist und die Kaufkraft der Mark für einen Rentnerhaushalt um 25% über dem der DM liegt. – Alle Zahlen nach: DDR-Wirtschaft, a.a.O., S. 235; 246; 254.

74 Vgl. DDR-Wirtschaft, a.a.O., S. 225 „Voraussetzungen und Umfang der“ (sozialen) „Leistungen zielen darauf ab, daß sie der (Wieder)Aufnahme einer Arbeit förderlich und ihrer Aufgabe hinderlich sind.“ (ebd. S. 224.)

Ein anderer Bereich, der – zumindest bis zur letzten Fünfjahrplan-Periode – extrem vernachlässigt wurde, ist der Wohnungsbau. Zwar sind die Mieten bekanntlich fast gleichbleibend niedrig. Aber viele Wohnungen sind nach Wohnfläche und Anzahl der Räume zu klein, unzureichend ausgestattet und infolge Überalterung bzw. mangelnder Instandhaltung in sehr schlechtem Zustand (75).

Mit dem letzten Fünfjahresplan hat sich durch umfangreiche Baumaßnahmen im Wohnungsbau die Situation zwar spürbar verbessert, aber nicht grundsätzlich geändert (76). Erstmals seit 1961 sollen nun mehr als 10% der geplanten 408 500 Wohnungen als Eigenheime gebaut werden; das heißt: auf diesem Wege sollen Teile der Bevölkerung stärker als bisher zur Finanzierung des Wohnungsbaus herangezogen werden (77).

Die hier angeführten Beispiele bestätigen die These von Kuron und Modzelewski, daß die staatlichen Sozialleistungen nicht eine Umverteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts zugunsten der Arbeiterklasse darstellen, sondern nur eine andere Form der Zuteilung der für die Erhaltung der Arbeitskraft notwendigen Reproduktionsmittel.

Diese mehr oder weniger kostenlosen Dienstleistungen sind

„ . . . bei einem gegebenen Stand des Reallohns ein unabdingbares Element des lebensnotwendigen Minimums des Arbeiters. Vom Standpunkt der Organisatoren der Produktion sind sie somit Teil der Produktionskosten und gehören zum notwendigen Produkt und nicht zum Mehrprodukt.“ (78)

Von der angeblichen „Sozialstaatlichkeit“ bleibt damit eigentlich nur die „Arbeitsplatzsicherheit“ (79). Diese ist keine besondere Tugend in einem Land, in dem aufgrund der Abwanderung von mehr als 2,6 Millionen Menschen (bis 1961) – überwiegend im arbeitsfähigen Alter – ein Mangel an Arbeitskräften besteht (80). Arbeitsplatzsicherheit ist aber auch für sich genommen keine Tugend, solange es sich dabei eigentlich nur um eine „Ausbeutungsplatzsicherheit“ handelt.

75 Im Vergleich zur – auch auf diesem Gebiet keineswegs rühmlichen BRD – betrug in der DDR 1973 die durchschnittliche Wohnfläche 58 qm (BRD 72 qm); 48% der Wohnungen haben nur 1 oder 2 Zimmer (BRD: 35%). 1971 besaßen nur 11% der Wohnungen in der DDR Zentralheizung, nur 42% eine Inntoilette, nur 39% ein Bad. DDR-Wirtschaft, a.a.O., S. 159ff. – Laut W. Obst befaßten sich Ende der 60er Jahre die meisten (ca. 40%) Eingaben der Bevölkerung an Partei-, Staats- und Wirtschaftsstellen mit Wohnungsproblemen. Obst berichtet auch: „Die zentrale Partei- und Staatsführung mußte wiederholt die Wohnungsbau und Reparaturkapazitäten . . . gegen den Protest der Gemeinden und Länder für industrielle Projekte heranziehen und dem Wohnungssektor entziehen.“ W. Obst, DDR-Wirtschaft, Hamburg 1973, S. 119. (Als ehemaliger Wirtschaftsfunktionäre der DDR kann sich Obst auf insider-Informationen stützen, allerdings macht seine Begeisterung für den guten alten Kapitalismus seine politischen Schlußfolgerungen indiskutabel.)

76 So stieg der Anteil des Wohnungsbaus am gesamten Bauvolumen von 24% 1970 (BRD 37.7%) auf 27.8% 1973 (BRD 42.9%). Vgl. DDR-Wirtschaft, a.a.O., S. 372.

77 ebd. S. 161.

78 Kuron/Modzelewski, a.a.O., S. 16.

79 R. Damus, Ist die Arbeit . . . , S. 101.

Zudem sind im Zusammenhang mit den Wirtschaftsreformen in verschiedenen RgW-Ländern immer wieder Überlegungen aufgetaucht, ob nicht, um einen Kostendruck infolge Vollbeschäftigung zu vermeiden, der „optimale Beschäftigungsgrad“ unter dem gesetzlich garantierten maximalen Beschäftigungsgrad liegen sollte. Ohnehin wird eine Arbeitslosenquote von bis zu 1% infolge struktureller oder saisonaler Schwankungen als normal angesehen (in den westlichen kapitalistischen Ländern heißt Vollbeschäftigung bis zu 2% Arbeitslosigkeit). Für solche Arbeitslose gibt es zwar in der Regel von den Betrieben zu zahlende Überbrückungsgelder, aber keine gesetzlich garantierte Arbeitslosenunterstützung.

Vor allem unter Wirtschaftswissenschaftlern und Spitzenmanagern sind immer wieder Überlegungen angestellt worden, durch höhere Arbeitslosigkeit die Arbeitsmoral (z.B. das ständige Problem der hohen Fluktuation) zu heben. Dagegen steht die herrschende Auffassung, wie sie z.B. von dem ungarischen Theoretiker J. Timor formuliert wurde „ . . . unter sozialistischen Verhältnissen darf der freie Fluß der Arbeitskräfte, wie er für das ökonomische Wachstum, für strukturellen Wandel und das Beschäftigungsgleichgewicht erforderlich ist, sich nicht auf eine Reservearmee von Arbeitslosen stützen. *Eine geplante Wirtschaft hat andere Mittel diese Ziele zu erreichen.*“ (Hervorhebung im Original) (81).

Genau das gilt auch für die wichtigste Funktion, die Arbeitslosigkeit im privaten Kapitalismus hat, nämlich: das Lohnniveau niedrig zu halten. Diese Aufgabe wird in den staatskapitalistischen Ländern durch die staatliche Lohnfestsetzung übernommen. Sie sorgt – in „bewußter Anwendung des Wertgesetzes“ – für steigende Akkumulations- und sinkende Konsumtionsraten. Um den Preis einer solchen wirksamen staatlichen Begrenzung des Lohnniveaus wären auch westliche Kapitalisten sicher gern bereit, auf Massenarbeitslosigkeit zu verzichten.

Politische Bedeutung einer Begriffsbestimmung

Trotz dem – m.E. wenig stichhaltigen – Hinweis auf die „Sozialstaatlichkeit“, behauptet R. Damus keineswegs, daß die „nachkapitalistischen Gesellschaften eine positive Alternative zu den kapitalistischen darstellen (82). Aus der Feststellung, daß in den „nachkapitalistischen“ Staaten die Verfügung über die Individuen „viel totaler“, weil unmittelbar, ist (83), könnte man folgern, daß die nachkapitalisti-

80 Die gesetzlich garantierte Arbeitsplatzsicherheit kann in anderen staatskapitalistischen Ländern nicht durchweg eingehalten werden. Das extreme Beispiel ist Jugoslawien mit einer Arbeitslosenquote von derzeit 9%. In der UdSSR betrug die Arbeitslosigkeit 1964/65 in kleineren und mittleren Städten zum Teil 25-30%. Vgl. H.H. Ticktin, *Towards a Political Economy of the USSR*, in: *Critique* No. 1, 1973, S. 31 Fn. 26.

81 J. Wilczynski, *Socialist Economic Development and Reforms*, London 1972, S. 126.

82 „ . . . These . . . daß wir von Lohnarbeit in den osteuropäischen Staaten nicht sprechen können. Diese Verneinung . . . impliziert jedoch . . . nicht von vornherein (?) eine positive Wertung. Denn schließlich lassen sich ja andere Restriktionsbedingungen als die der bürgerlichen Gesellschaft denken und vorfinden.“ R. Damus, *Ist die Arbeit . . .* S. 92.

83 Ebd., S. 101; ds. *Vergesellschaftung . . .*, S. 181.

schen Gesellschaften sogar einen Rückfall in vorkapitalistische Herrschaftsformen darstellen. Diese Folgerung zieht R. Damus so wenig wie die gegenteilige.

Damit aber sind alle politisch entscheidenden Fragen offen. Denn bei der Diskussion über die „sozialistischen“ Länder geht es letzten Endes um Fragen wie: Entspricht die Zielvorstellung der revolutionären Linken vom Sozialismus dem Gesellschaftssystem der DDR? Ist eine bürokratische Entartung sozialistischer Revolutionen unvermeidbar? Gibt es andere Alternativen zum Kapitalismus als den „Sozialismus“ von Typ der UdSSR oder DDR? Ist ein geplanter Kapitalismus besser als ein ungeplanter?

Auf all diese Fragen gibt die Theorie der Übergangsgesellschaft nur halbe Antworten. Die scheinbar „undogmatische“ Haltung, mit der anstelle des vorbelasteten Begriffs „Staatskapitalismus“ ein neuer geprägt wird, ist ein Ausweichen vor den Problemen, wie sie sich der Linken im Westen – und in anderer Form auch im Osten – stellen (84). Die Theorie der Übergangsgesellschaft ist unfähig, anzugeben, wann und unter welchen Bedingungen und in welche andere Gesellschaftsform die „Übergangsgesellschaften“ „übergehen“. So muß man befürchten, daß sie letzten Endes nur den Übergang der Theoretiker vorbereitet – entweder in das Lager der Apologeten oder in das Lager jener Kritiker, für die der Kapitalismus – weil weniger total – doch das geringere Übel darstellt (85). Dagegen ist die Perspektive der sozialistischen Revolutionäre in den staatskapitalistischen Ländern auch für westliche Sozialisten klar und unmißverständlich:

„Die antibürokratische Revolution ist . . . die Sache der internationalen revolutionären Bewegung . . . Sie ist Teil der revolutionären Weltbewegung. Wie jede Revolution bedroht sie die in der Welt erreichte Ordnung und sie wird selbst von den Kräften, die diese Ordnung verteidigen, bedroht . . . Der westliche Imperialismus wird versuchen, unsere Revolution auszunutzen, um an die Stelle der Bürokratie eine Diktatur der kapitalistischen Monopole zu setzen, die nicht mehr wert ist.

Unser Verbündeter gegen die Intervention der sowjetischen Panzer ist die russische, ukrainische, ungarische, tschechische Arbeiterklasse. Unser Verbündeter gegen den Druck und die Drohung des Imperialismus ist die Arbeiterklasse des industrialisierten Westens, die Kolonialrevolution in den unterentwickelten Ländern.“ (86)

(Wesentliche Anregungen zu diesem Artikel verdanke ich Diskussionen mit Christoph Deutschmann.)

- 84 Das gilt auch für Begriffe wie „bürokratischer Kollektivismus“ (Shachtman, Rizzi, Carlo) oder „Etatismus“ (Stojanovic). Trotz mancher wichtiger Erkenntnisse bleibt die Frage offen, ob diese Gesellschaften einen Schritt über den Kapitalismus hinaus oder hinter ihn zurück bedeuten. Vgl. T. Cliff, *The Theory of Bureaucratic Collectivism – A Critique*, *International Socialism*, No. 32, Spring 1968.
- 85 Es besteht allerdings auch die Möglichkeit, keine der beiden genannten Alternativen zu wählen, sondern beim „Übergang“ zur nächsthöheren Ebene wissenschaftlicher Abstraktionen Zuflucht zu nehmen. Dieser Tendenz ist R. Damus wohl in ihrer bisherigen Entwicklung gefolgt.
- 86 Kuron/Modzelewski, a.a.O., S. 70.